

Der Rechtsstaat, ganz klein geschrieben

Die FDP: politisch organisierte Beliebigkeit

Von Heribert Prantl

In der Theorie ist es ungeheuer schwer, ein Grundrecht zu verändern. In der Praxis genügen 21.494 Stimmen von FDP-Mitgliedern: Weil 21.494 FDP-Mitglieder dem Großen Lauschangriff zugestimmt haben, wird nun das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung geändert werden. So viel Gewicht hatten so wenige Wählerstimmen noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik.

Dies schafft eine Partei, die sich früher gerne »Rechtsstaatspartei« nannte. Die FDP paßt sich, ähnlich wie die Sozialdemokraten, dem konservativen Trend an – so sie es nicht schafft, Auseinandersetzungen ganz aus dem Weg zu gehen (eine Neigung, der sie am liebsten folgt). Die Kraft der Liberalen reicht gerade noch, wie zuletzt auf dem Parteitag im Juni 1994 in Rostock, ein halbwegs liberales Wahlprogramm zu schreiben. Doch es ist, wie die Mitgliederbefragung zum Lauschangriff zeigt, nicht allzuviel wert.

In der praktischen Politik sind die Liberalen kleinlaut, sie kuscheln vor der Union, es gelingt ihnen nicht einmal mehr ansatzweise, in Fragen der inneren Sicherheit Themen und Schwerpunkte vorzugeben. Sie haben nichts dagegen getan, daß sich die Deutschen an einen fatalen Abwägungsprozeß gewöhnt haben: Immer dann, wenn eine Bedrohung besonders stark zu sein scheint, ist nichts mehr heilig, nicht einmal mehr die Grundrechte. Die FDP tut so, als müsse sie, immer im Zurückweichen, tastend den richtigen liberalen Weg finden. Der liberale Weg ist der Rückzug geworden. Die Sensibilität der Liberalen für Grundrechte, jahrzehntelang das Kennzeichen ihrer Partei, ist einer verfassungsrechtlichen Gefühlskälte gewichen. Die FDP schämt sich der Zeiten, da ihr das Asylrecht als „Freiheitsstatue im Hafen der Verfassung« galt. Sie mag nicht mehr wissen, welchen Wert die Rechtsschutzgarantie hat. Die Privatsphäre, einst erbittert verteidigt, verliert ihren Rang. Das Wort Rechtsstaat ist ehemals in der FDP mit ganz großen Buchstaben geschrieben worden; in der FDP von heute ist es der Kleinschreibung verfallen.

Es ist wohl so, daß sich die FDP zu Tode regiert hat. Keine andere Partei war in Deutschland so lange an der Macht wie die FDP. Doch vor lauter Regieren haben die Liberalen am Schluß vergessen, warum sie so heißen. Die FDP hat sich verbraucht im Dienste des Staates. Sie war Moderator im politischen Wandel der Republik. In den konservativen Regierungen hat sie den Konservativismus und in den sozialdemokratischen Regierungen den Sozialismus gebremst. Jähe politische Umbrüche in Deutschland hat es nicht gegeben, weil es die FDP gab. 35 Jahre lang waren die Liberalen, zuletzt immer schwächer, eine Art Opposition in der Regierung.

Diese staatstragende Aufgabe hatte ihren Preis: Die FDP in den Bundesländern, im Südwesten der Republik vor allem, mußte ihre Interessen den Interessen der Bundespartei unterordnen; den liberalen Landesverbänden kostete das Saft und Kraft. Die Bundes-FDP

schließlich mußte einen ständigen Wechsel ihrer Mitglieder und Wähler, ja sogar den Verlust von Spitzenfunktionären riskieren.

Immerhin: Bis vor acht Jahren war dieser nicht ungefährliche Blutaustausch erfolgreich; die Liberalen behielten in etwa ihre Stimmannteile und brachten es immer wieder fertig, ihren jeweiligen Partnern zur Mehrheit zu verhelfen. Seit 1988 funktioniert das nicht mehr. Die alten Gleichungen »eine große Volkspartei plus FDP = Mehrheit« stimmt nicht mehr. Die Grünen haben einen Strich durch diese Rechnung gemacht.

In dieser fatalen Situation steht die FDP mittellos da. Sie kann den Verlust ihrer Rolle als Mehrheitsbeschaffer nicht programmatisch kompensieren. Das liberale Programm ist als (durchaus wichtiger) Bremsklotz in wechselnden Regierungen solange zurechtgeschliffen worden, bis es zuletzt nur noch so dünn war wie das Koalitionsblatt.

Wenn es schon kein richtiges liberales Programm mehr gibt, so gibt es doch eine richtige liberale Furcht: Die Furcht, plötzlich allein dazustehen, weil in der Ausländer- und Asylpolitik, in der Rechtspolitik, in der gesamten Politik der inneren Sicherheit auch die Sozialdemokraten ihre alten Positionen mit fliegenden Fahnen verlassen haben. Weil fast alle in Bewegung sind, rennt auch die FDP. Nicht die staatliche Gewalt wird heutzutage in die Pflicht genommen, um den einzelnen zu schützen, sondern (dies ist das Verbrechensbekämpfungskonzept der Konservativen) der Einzelne muß beweisen, daß er nicht gefährlich ist. Wie reagiert die FDP? Vor einiger Zeit stellten die Liberalen wenigstens noch Fragen. Etwa so: Wenn wir heute den Lauschangriff genehmigen, was genehmigen wir dann morgen? Wo soll das Argumentieren mit der Effektivität der Strafrechtspflege enden? Wohin führt das unselige Wort von der Waffengleichheit der Polizei? Selbst solche Fragen und Mahnungen verstummen in der FDP. Fast gilt es mittlerweile als degoutant, darauf hinzuweisen, daß auch ein Beschuldigter Rechte hat.

Wozu aber braucht man eine liberale Partei, wenn nicht dafür, mit aller Kraft die Zerstörung von Grundrechten zu verhindern? Wer heute über die Liberalen schreibt, der muß so beginnen: Es war einmal ...



Foto: Stephan Rumpf

Dr. jur. Heribert Prantl ist
leitender innenpolitischer Redakteur
der Süddeutschen Zeitung